

um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völker. Zu den befreiten Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie zu den Parteien und Bewegungen der nationalen Befreiung entwickelt die DDR gleichberechtigte, freundschaftliche Beziehungen. In den Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern verfolgen die sozialistischen Staaten die Politik der friedlichen Koexistenz. Im Nuklearzeitalter ist die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nicht eine von verschiedenen Möglichkeiten politischen Handelns, sondern Grundgesetz der internationalen Beziehungen und Überlebenserfordernis der Menschheit. Es existieren objektive Bedingungen, unter denen die historisch unvermeidliche Auseinandersetzung zwischen den Gesellschaftssystemen nur in Formen des friedlichen Wettbewerbs verlaufen kann. Gegenwärtig ist der Wettstreit der beiden Systeme zugleich mit der Tendenz wechselseitiger Abhängigkeit der Staaten der Welt verknüpft. Dies erfordert nicht nur, sondern schafft auch politische, soziale und materielle Voraussetzungen für eine konstruktive Kooperation auf den verschiedensten Gebieten, die insgesamt auf die Sicherung des Friedens gerichtet ist und der Lösung solcher globalen Probleme dienen muß wie der Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit und des Hungers, der Erhaltung der Umwelt des Menschen, der Suche nach neuen Energieträgern, der friedlichen Erschließung des Weltraums und der Weltmeere. In diesem Sinne sowie entsprechend ihrer Verantwortung als Eckpfeiler des Friedens und des Sozialismus leistet die DDR mit ihrer Orientierung auf die Stärkung des Sozialismus und ihrer initiativreichen Politik des ergebnisorientierten Dialogs und der Zusammenarbeit einen aktiven Beitrag zur Abwen-

dung der nuklearen Kriegsgefahr. Zielstrebig wirkt sie - über Trennendes in gesellschaftsstrategischen, weltanschaulichen und politisch-praktischen Fragen hinweg - für eine breite Koalition der Vernunft und des Realismus mit allen Kräften, die an der Erhaltung des Weltfriedens interessiert sind. Hauptfeld ihrer Koexistenzpolitik ist Europa (—» *europäische Sicherheit*). Sie setzt sich dafür ein, den mit der —» *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Helsinki 1975*, begonnenen vielschichtigen Prozeß geduldigen Interessenausgleichs auf der Basis der Anerkennung des Status quo in Europa zu bewahren, fortzusetzen und auszubauen. Dies schließt ein, die Schlußakte der KSZE als Ganzes weiter auf bi- und multilateraler Ebene zu verwirklichen und als unverzichtbares Instrument zur Überwindung der durch die imperialistische Konfrontations- und Hochrüstungspolitik verursachten internationalen Spannungen zu nutzen. Dem dient auch die konstruktive Mitarbeit der DDR in der —* *Organisation der Vereinten Nationen* und deren Spezialorganisationen, auf der Genfer Abrüstungskonferenz, bei den Wiener Verhandlungen über die gegenseitige Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa und auf den KSZE-Folgetreffen. Die DDR tritt, für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen dem RGW und den —» *Europäischen Gemeinschaften* ein. Beharrlich setzt sie sich für Schritte zur regionalen Rüstungsbegrenzung ein. Ausdruck dessen ist der von der SED und der SPD gemeinsam erarbeitete Entwurf eines Abkommens über eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Der Entwurf, den die Regierungen der DDR und der CSSR aufgegriffen und der BRD, den Beneluxstaaten, Dänemark und Norwegen sowie der Volksrepublik Polen und der Ungarischen Volksre-